



Die Energiewende ist unsozial

Immer auf die Kleinen!

Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz wird in den "Leidmedien" als Mann gefeiert, der sich endlich wieder um den "kleinen Mann" kümmere. Doch bei näherem Hinsehen verbreitet der Mann Phrasen, die sogar zu Mehrbelastungen für die Arbeitnehmer führen. Die horrende Umverteilung von unten nach oben unter dem Stichwort "Energiewende" wird jedoch nicht infrage gestellt.

Martin Schulz, SPD-Kanzlerkandidat und künftiger Parteivorsitzender, will von ihm erkannte Fehler der Agenda 2010 korrigieren. Wer dadurch entstehende Zusatzkosten tragen wird, bleibt im Dunklen. Die Wohltaten, von denen Martin Schulz spricht, werden wohl größtenteils von Arbeitnehmern aufgebracht werden müssen, von denen viele schon heute trotz Vollzeitbeschäftigung an der Existenzgrenze leben.

Umverteilung von unten nach oben beenden

Von Schulz, wie auch von anderen führenden SPD-Mitgliedern, ist kein Wort zu hören über die Abschaffung der riesigen Umverteilung von unten nach oben durch die Energiewendepolitik der Bundesregierung. Inzwischen sind es mehr als 30 Milliarden Euro jährlich, die als Vergütung für Ökostrom aus Wind, Sonne und Biomasse nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) an die gut betuchten Erzeuger, Betreiber und Investoren von Ökostromanlagen fließen. Pro Einwohner sind dies fast 400 Euro jährlich, die nur zu einem Drittel auf der Stromrechnung erscheinen. Die restlichen versteckten Kosten sind in den Preisen für Waren und Dienstleistungen enthalten.

Die Haushalte mit wenig Einkommen werden überproportional belastet

Die Stromkosten sind für alle Haushalte vergleichbar, die elektrisch kochen, eine Waschmaschine, einen Kühlschrank, einen Fernseher und einen Computer betreiben, sowie elektrische Beleuchtung und weitere zum heutigen Lebensstandard zählende Geräte. So müssen auch alle Haushalte im Mittel die gleiche EEG-Umlage zahlen, egal ob arm oder reich. Je geringer das Einkommen ist, um so höher wird die relative Belastung durch Stromkosten. Stromsparen ist nur Wohlhabenden möglich, die sich stromsparende Geräte leisten können. Stromkunden am Existenzminimum sind auf ältere Geräte mit höherem Verbrauch angewiesen. So wirkt die Umverteilung von unten nach oben noch krasser.

Die Forderungen von Schulz sind eine Luftnummer

Die Forderungen von Martin Schulz, mit denen er sich um die Kanzlerschaft bemüht, sind also eine Luftnummer. Sie entlasten die und helfen den hart arbeitenden Arbeitern und Angestellten nicht, denn sie müssen die von Schulz angekündigten Wohltaten mit höheren Sozialabgaben auf ihr Einkommen bezahlen. Eine spürbare Entlastung wäre hingegen die Beendigung der Ökostrom-Subventionen. Die Vergütung von Ökostrom ist im Mittel viermal höher als die Erzeugungskosten der konventionellen Kraftwerke. Mit dem Wegfall der Vergütung sanken die Stromkosten wesentlich. Die unsoziale Umverteilung von unten nach oben wäre beendet. Das verfügbare Einkommen der Bürger (bis auf die Profiteure) stiege. Dies wäre echte SPD-Politik. Doch davon ist nicht die Rede. Warum?

NAEB fordert sachliche Entscheidungen

Sind die führenden Parteigenossen tatsächlich so dumm, dass sie sich nicht klarmachen, wie unmöglich eine sichere und bezahlbare Stromversorgung rund um die Uhr mit Ökostrom ist? Alle Daten sind vorhanden. Auch die Fachleute mit langjähriger Erfahrung in der Energieversorgung vom Stromverbraucherschutz NAEB e.V. helfen gern mit ihrem Wissen aus. Oder verstecken sie sich hinter der vermeintlichen Klimarettung der Welt? Doch auch in diesem Fall bleibt es dabei: Deutschland ist nicht sicher und kostengünstig mit Ökostrom zu versorgen.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel

Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

ifo Institut - Hans-Werner Sinn: Schafft es Deutschland, den Zappelstrom zu bändigen?

www.youtube.com/watch?v=8dIB4L4D4qI

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaire ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaire statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

